

POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DAS PATRIOTISCHE NARRATIV IN POLENS KULTURPOLITIK NACH 2015

■ ANALYSE

Stolz auf Polen. Das Ringen um das patriotische Narrativ in Polens Kulturpolitik nach 2015

2

Andrzej Kaluza, Darmstadt

■ CHRONIK

15. Mai 2018 – 4. Juni 2018

9

■ LESETIPP

Polnische Spuren in Deutschland

Ein Lesebuchlexikon

11

Stolz auf Polen. Das Ringen um das patriotische Narrativ in Polens Kulturpolitik nach 2015

Andrzej Kaluza, Darmstadt

Zusammenfassung

Der Minister für Kultur und Nationales Erbe, Piotr Gliński, setzt den von der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) geforderten »guten Wandel« in der Kulturpolitik um. Die »liberale« Ausrichtung der polnischen Kunst- und Kulturszene, die jahrelang weltweit Erfolge feierte, von der PiS aber als »unpolnisch« bzw. »unpatriotisch« abgelehnt, soll nicht mehr im Fokus der staatlichen Fördermaßnahmen liegen. Vielmehr sollen die konservativen Künstler nun eine Chance bekommen, ihre »dem polnischen Volk dienenden« Werke zu realisieren. Dies betrifft alle Bereiche der Kulturszene (Literatur, Kunst, Film, Theater, Museen u. a.). Um diese Prioritäten durchzusetzen, wechselt die PiS Intendanten, Kuratoren und Direktoren wichtiger Kulturfördereinrichtungen aus und ersetzt sie durch eigene Vertraute. Es werden neue Museen und staatliche Kultureinrichtungen gegründet, die aus Sicht der PiS das Image des Landes und des »polnischen Volkes« verbessern sollen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Betonung bisher »verkannter« Helden des polnischen Freiheitskampfes: den antikommunistisch orientierten »verfeimten Soldaten«, den Juden rettenden Organisationen und Persönlichkeiten sowie den Ereignissen und Entdeckungen, bei denen Polen einen wichtigen, aber vergessenen Beitrag zur kulturellen und zivilisatorischen Entwicklung leisteten.

Der »gute Wandel« und die Kulturpolitik

Die Politik des »guten Wandels« der seit Herbst 2015 mit absoluter Mehrheit regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) umfasst eine radikale Wende in den meisten Politikbereichen der Republik Polen. Zwar blieb der Öffentlichkeit ein neuer Diskurs über die Vierte versus Dritte Republik erspart, allerdings überwiegt gegenwärtig in regierungsnahen Äußerungen und Kommentaren die Auffassung, es handle sich um einen entschlossenen politischen »Neuanfang«. Dieser betraf zunächst vor allem den Justizbereich mit zahlreichen neuen Gesetzen, die nicht nur von der Opposition und der liberalen Öffentlichkeit, sondern auch vom Ausland, vor allem von der EU-Kommission als ein ernsthafter Verstoß gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit angesehen werden. Schnell und effektiv wurden auch Veränderungen in der Innen-, Verteidigungs- und Außenpolitik vorgenommen – mit einer folgenschweren Entscheidung in Richtung Konfrontationskurs gegenüber den bisherigen außenpolitischen Partnern. Die große Zustimmung zum »guten Wandel« speiste sich dagegen aus zahlreichen neu eingeführten Sozialleistungen (Einführung des Kindergeldes, Erhöhung des Mindestlohns u. a.). All diese Änderungen kamen nicht überraschend, sie waren größtenteils in Parteiprogrammen der PiS bzw. in Aussagen ihres Vorsitzenden Jarosław Kaczyński angekündigt worden. Einen Bereich betrachtet die PiS als ihre besondere »nationale Aufgabe«, um die Hoheit in den narrativen Bereichen zu erlangen. Es geht darum, den Polen nicht nur mehr soziale Wärme durch Transferleistungen zu bieten, sondern ihnen auch das Gefühl zu geben, dass ihre durch

die liberalen Regierungen verlorene soziale »Würde« und gleichzeitig die »nationale Ehre« wiederhergestellt wird. Dies soll durch eine Wende in der bisherigen Informations-, Kultur- und Erinnerungspolitik erreicht werden, die den Stolz im Umgang mit der eigenen Geschichte betonen soll, ohne Zweifel an der Erhabenheit des polnischen Volkes, die sich in dem liberalen Mainstream des polnischen Kulturbetriebs nach 1990 eingenistet hätten. Ferner geht es der PiS um Anstrengungen, das Bild Polens im Ausland als eine den traditionellen Werten zugewandte Nation zu stärken.

»Kultur-Patriotismus« gegen liberalen Werterelativismus

Kaczyński vertraut in der Kulturpolitik auf das Wort des Kulturministers Piotr Gliński, eines Soziologen und PiS-Ideologen, der gleichzeitig seit 2015 stellvertretender Ministerpräsident ist. Gliński macht keinen Hehl daraus, wie er die Aufgaben eines starken polnischen Staates im Bereich der Kultur- und Medienpolitik sieht. Nicht nur seine Parteifreunde stehen ihm zur Seite, sondern auch eine große Gruppe konservativer Journalisten, Verleger und Medienhäuser, die seit Jahren an einem für das neue Polen verbindlichen Narrativ – einer patriotisch-konservativen Meistererzählung – arbeiten. Die Leistungen der polnischen Kultur nach 1989, etwa das hohe Renommee der Theatermacher, bedeutende Filmfestivals oder aufsehenerregende Kunstausstellungen, die der sich im Umbruch befindenden Gesellschaft Diskursfähigkeit, Originalität und Kreativität in vielen Bereichen bescherten, wurden und werden von der PiS-Elite pauschal als »unpolnisch« diffamiert, da sie den Wes-

ten »nachahmen« und sich an liberaler »Werteneutralität« orientieren. Ziel der Attacken waren in der Regel Künstler oder Events, die »emanzipatorische« Positionen im gesellschaftlichen Diskurs einnahmen, da sie sich kritisch mit Polens Gegenwart und Vergangenheit, mit polnischen Mythen, Traditionen oder dem katholischen Glauben auseinandersetzten. Die liberale Kultur bezog auch Stellung zu aktuellen ideologischen Debatten, die die polnische Gesellschaft seit der Wende durchzogen, etwa zum Streit um das Abtreibungsrecht, zur Präsenz der Religion im öffentlichen Raum, zur Rolle der Polen im Zweiten Weltkrieg oder dem Umgang mit Dokumenten des kommunistischen Geheimdienstes. Die *PiS* betrachtet solche Tendenzen in der Kultur eindeutig als schädlich und dem »gesunden« Geist der Nation widerstrebend.

Der Streit um das »richtige« politische und historische Narrativ reicht mindestens bis zum politischen und ideologischen Bruch des damaligen Staatspräsidenten Lech Wałęsa mit den Brüdern Lech und Jarosław Kaczyński im Jahr 1990 zurück. Die damals an den politischen Rand gedrängten Nationalkonservativen lehnten die differenzierten Narrative der polnischen Kulturszene nach 1990 aus einer radikal traditionalistischen, konservativen und volksthologischen Sicht ab. Ihrer Meinung nach fehlte es dem liberalen Narrativ an der »Wahrheit«. Überall witterten sie »Lügen« der politischen Gegner und warfen ihnen »Verrat« am einfachen Volk vor, das die Lasten der Transformation zu tragen hatte. Der Runde Tisch, Symbol der friedlichen Machtübergabe von reformwilligen Vertretern der kommunistischen Partei an die damalige demokratische Opposition, wurde nach dieser Erzählung zum unwürdigen »Klüngel« zwischen den alten und neuen Machteliten. Ihnen wurden zumeist postkommunistische Provenienz oder linke Sympathien vorgeworfen. Das Verhältnis zum Runde Tisch wurde für die *PiS*-Ideologen sogar zum Lackmustrifen der »richtigen« Gesinnung – ein »Patriot« muss sich demnach innerlich wie äußerlich gegen die offiziellen Lobeshymnen der Dritten Republik (deswegen die häufigen Versuche, eine Vierte Republik zu etablieren) stemmen. Nicht ohne Bedeutung waren auch die Versuche, liberale Eliten des Landes nach 1990 als »Juden« zu entlarven, deren »Werk« dem Land Schaden zufügen sollte.

Die neue alte Meistererzählung: Die romantischen Mythen kehren zurück

Die Dritte Republik, so die Erzählung weiter, hätte nicht nur die »Transformationsverlierer« aus den Augen verloren, sie war gleichzeitig auch indifferent gegenüber nationalen Werten, den Traditionen des Katholizismus und der christlichen Familienpolitik. Ihr wurde eine

allzu große Nähe zu dem nun als nihilistisch empfundenen Westen attestiert und dessen »Zivilisation des Todes« – einer materialistischen, postnationalen und genderorientierten ideologischen Gesinnung und der Aufgabe traditioneller christlicher Werte. Dazu gehöre auch eine angebliche Geschichtsvergessenheit, die in der Vernachlässigung der Erinnerungspolitik, der Reduzierung des Faches Geschichte in der Schule, aber auch in der Bekämpfung konservativer Ideen und Ansichten durch die vermeintlich übermächtigen linksliberalen Medien begründet wird. Kein Zufall, so die *PiS*-Interpretation, dass die einflussreichen Mainstream-Medien in Polen entweder eine postkommunistische Vergangenheit (die Wochenzeitung »Polityka«) hätten oder vom ausländischen Kapital beherrscht würden (die Tageszeitungen »Gazeta Wyborcza«, »Polska The Times«, »Newsweek Polska«, der TV-Sender »TVN«). Insbesondere wird die Tatsache kritisiert, dass deutsche Kapitalgeber die Regionalpresse in Polen beherrschten. Äußerst kritisch standen und stehen *PiS*-Politiker gegenüber staatlichen Kulturförderinstrumenten, die Künstler, Institutionen oder Festivals unterstützen, welche nationale wie christliche Werte und Haltungen lächerlich machten und dadurch eher ein Zerrbild Polens im Auge hätten, statt Erbauliches für die »normalen« Bürger zu bieten. Sie meinten, es wäre auch konservativ gesonnenen Künstlern nicht möglich, eine staatliche Förderung für ihre Aktivitäten zu erhalten, zu groß wären die ideologischen und persönlichen Differenzen, die zu einer Diskriminierung führten. Das Paradebeispiel war die oft zitierte Finanzierungsabsage der staatlichen Filmförderung für den Film »Smoleńsk«, der die Flugkatastrophe der Präsidentenmaschine vom 10. April 2010 als ein Attentat darstellte, inspiriert durch den damaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk und den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Diesen negativen Entwicklungen in der polnischen Kultur soll nach der Machtübernahme durch die *PiS* nun Einhalt geboten werden. Insbesondere soll Tendenzen widersprochen werden, in denen Polen und seine Bevölkerung in einem negativen moralischen Licht gezeigt werden, etwa als Mitwisser oder Mittäter negativer Einstellungen z. B. gegenüber Minderheiten wie etwa Juden im Zweiten Weltkrieg. Insbesondere empörten sich *PiS*-Vertreter, aber auch Teile der katholischen Kirche, über tiefgreifende Diskurse etwa zur Vertreibung der Deutschen oder zum Mord an Juden durch ihre polnischen Nachbarn in Jedwabne und anderswo. Nun sollte Schluss mit der von der *PiS* als »Pädagogik der Scham« angeprangerten Haltung sein. Eine neue historische Offensive wurde mit dem Ziel angekündigt, Polens Opferrolle hervorzuheben, die Heldentaten in der polnischen Geschichte zu betonen und von zwielichtigen Haltungen abzusehen.

Wie die *PiS* die Rolle Polens in der Geschichte sieht, zeigt eindrucksvoll der kurze Animationsfilm »Unconquered«, der aus Anlass des 100. Jahrestages der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit Polens in Auftrag gegeben wurde, um vor allem ausländische Internet-Nutzer zu erreichen. Darin werden die Eckpfeiler des patriotischen Einmaleins wiederholt: Der Kampf gegen die ungleich stärkeren totalitären Mächte Deutschland und Sowjetunion, der Aufbau des Untergrundstaates, die militärischen Leistungen an der Seite der Alliierten, die unbeugsame Haltung während der Nazi-Herrschaft, die Rettung der Juden, die Bekanntmachung des Holocaust (die nicht gehört bzw. geglaubt wurde), der Blutzoll der Zivilbevölkerung im Warschauer Aufstand, der Verrat der Alliierten, die kommunistische Unfreiheit und schließlich der Sieg über die Totalitarismen. Und natürlich dürfen die sogenannten verfeimten Soldaten nicht fehlen...

Die Polen sollen nun wieder stolz sein dürfen auf ihre Geschichte, und die Kultur soll dafür als das geeignete Instrument eingesetzt werden. Das Wahlvolk hat die Wahl getroffen, so die *PiS*-Kulturpolitiker, somit soll nun auch der »gute Wandel« die Sphäre der Kultur erreichen. In einem TV-Gespräch erläuterte Kulturminister Gliński, dass gerade auf dem Gebiet des Kampfes um die historische Meistererzählung Polen seit Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten benachteiligt sei und über keine geeigneten und vor allem wirksamen Institutionen verfügt habe, die über den guten Namen Polens und sein Image in der Welt wachen würden. So rechtfertigte er seine Anstrengungen, die konservativen Werte in Polen neu zu denken, sie in den Mainstream zu integrieren, um dadurch langfristig die Überzeugungen von Millionen Menschen zu beeinflussen. Bisher eher schwach auftretende rechtskonservative und katholisch-traditionelle Milieus sollen im Sinne seiner Kulturpolitik gestärkt werden und eine »faire Chance« bekommen. Dies soll nach Meinung des Ministers durch die »Eroberung« bzw. »Wiedergewinnung« bestehender Kultur- und Förderinstitutionen oder durch die Schaffung neuer Strukturen und Einrichtungen, die von vornherein der Stärkung und Verbreitung der *PiS*-genehmen historischen Erzählung dienen werden, geschehen.

Die (Rück-)Eroberung verlorener Gebiete

Das konservative Denken soll nun in allen erdenklichen kulturellen Bereichen durchgesetzt werden. Besonders wichtig scheinen dem *PiS*-geführten Kulturministerium die Bereiche Theater, Film, Literatur sowie eine breite Museumslandschaft zu sein.

Das Theater spielte in der polnischen Geschichte und auch in der Gegenwart eine wichtige Rolle. Seine Wurzeln liegen in den politisch aufrührenden Zeiten

der Romantik (dies lässt sich 1968 erkennen, als Adam Mickiewiczs Stück »Dziady« (Ahnenfeier) Unruhen nach sich zog). Gegenwärtig glänzt Polen international mit Namen wie Krystian Lupa, Grzegorz Jarzyna, Jan Klata oder Krzysztof Warlikowski, deren Uraufführungen in Polen wie im Ausland kulturelle Großevents sind. Auch an jungen Autoren mangelt es nicht, Stücke von Sławomir Walczak, Przemysław Wojcieszek oder dem Duo Monika Strzępka und Paweł Demirski sind gesellschaftlich engagiert und provozieren nicht selten heftige gesellschaftliche Debatten. Aber Debatten, die hehre Ideale und traditionelle Werte hinterfragen, können der *PiS* und dem Kulturminister nicht gefallen. Bereits kurz nach seiner Amtseinführung machte Kulturminister Gliński seinen Unmut deutlich, als das Teatr Polski in Breslau (Wrocław) ein Stück der Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek aufführte. Er warf dem Theater Verherrlichung der Pornografie vor und forderte den Direktor auf, das Stück abzusetzen. Ein langer und zermürender Kampf um die richtige Gesinnung an polnischen Bühnen begann, am Ende setzte sich der Kulturminister durch. Ein ähnlicher Fall betraf Jan Klata, einen der profiliertesten polnischen Regisseure und künstlerischen Leiter des legendären Teatr Stary in Krakau. Weder Publikumsproteste, Solidaritätsadressen der Schauspieler noch Klatas internationales Renommee konnten einen Wechsel im Sinne des Ministers verhindern. Das Teatr Stary spielt nun vermehrt polnische und fremde Klassik, aber auch moderne Stücke über die Helden der polnischen Geschichte (z. B. über die »verfeimten Soldaten«). Diese Signale wurden von anderen polnischen Bühnen verstanden, wo nun eifrig an »erbaulichen« oder zumindest politisch nicht suspekten Stoffen gearbeitet wird. Nur so blieben größere Säuberungsmaßnahmen eine Ausnahme, aber dienlich sind solche Praktiken der Theaterlandschaft sicher nicht. Theater sind darüber hinaus oft kommunale bzw. regionale Einrichtungen, das Ministerium hat demnach nur auf Umwegen einen Einfluss auf das Personal und das gespielte Programm, sein langer Arm wird aber spätestens bei der Zuteilung von Zuwendungen sichtbar. So müssen Bühnen oder Festivals, die liberale Theaterexperimente auf dem Programm haben, mit finanziellen Konsequenzen rechnen, denn das Ministerium streicht sogar bereits zugesagte Zuschüsse, wenn ihm das Programm bzw. bestimmte Regisseure missfallen. Dies lässt sich z. B. beim kroatischen Regisseur Oliver Frlić erkennen, dessen Stücke nach Meinung der *PiS* die religiösen Gefühle der Polen verletzen. Zwei Festivals, die Frlić Stücke aufführen wollten, haben schmerzhaftes Mittelkürzungen erfahren müssen.

Kaum ein anderer Bereich der polnischen Kultur feierte im letzten Jahrzehnt mehr künstlerische Erfolge

und war dabei beim Publikum so beliebt wie der polnische Film. Nach mageren Jahrzehnten bewirkte das 2005 gegründete Polnische Institut für Filmkunst (*Polski Instytut Sztuki Filmowej – PISF*) eine Blüte auf allen Ebenen – bei studentischen Etüden, Animations- und Dokumentarfilmen sowie auch abendfüllenden Produktionen von hohem künstlerischem und gesellschaftlichem Wert. Junge Filmemacher beherrschen nun die Szene: Jan Komasa, Wojciech Smarzowski, Sławomir Fabicki, Anna Kazejak oder Leszek Dawid landen einen Coup nach dem anderen. Dabei müssen auch die internationalen Erfolge der letzten Jahre erwähnt werden, etwa der Oscar für Paweł Pawlikowski's »Ida«, die Goldene Palme für »Zimna wojna« (Kalter Krieg) des selben Regisseurs, mehrere Silberne Bären für Werke von Agnieszka Holland (»Spur«) und Małgorzata Szumowska (»Body«, »Twarz«). Auch das kommerziell ausgerichtete Kino um Władysław Pasikowski oder Patryk Vega oder Komödien eines Juliusz Machulski oder Mitja Okorn konnten in den letzten Jahren bedeutende Kassenerfolge nachweisen. Das *PISF* hat dabei eine effektive Formel der Filmförderung gefunden: Bewertet werden die Filme schon auf der Ebene der Drehbücher durch anerkannte, vom Institut berufene Regisseure, die namentlich bekannt sind und ablehnende Bescheide inhaltlich zu begründen haben. Das neue staatliche Instrument verstärkte die erfreuliche Entwicklung in der Filmszene, die zur selben Zeit eine Fülle von Talenten, darunter nicht nur Regisseure, sondern auch Drehbuchautoren, Schauspieler oder Kameraleute hervorgebracht hat.

Was konnte die *PiS* an dieser Erfolgsbilanz aussetzen? Der Filmbetrieb sei ideologisch von liberalen und linken Ideen beherrscht, die großen »polnischen«, d. h. patriotischen Themen seien vernachlässigt, die international erfolgreichen Filme zeigten dagegen ein Polenbild, von dem die *PiS*-Kulturpolitiker meinen, es sei absichtlich verfälscht, um dem liberalen internationalen Publikum, etwa auf den renommierten Festivals, zu gefallen. Bestrebungen dagegen, das bisher nach Meinung der *PiS* zu kurz gekommene Schicksal der »wahren« polnischen Helden zu verfilmen, wurden bis dato von der Filmindustrie gemieden. Bereits im Wahlkampf versprach die *PiS* den »normalen« Polen große polnische Geschichte im Hollywood-Stil. Die Stoffe wurden bereits in dem oben beschriebenen Videoclip genannt: Für das internationale Publikum, so die *PiS*, würden sich besonders der Kampf der polnischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg eignen, etwa im Luftkrieg um England oder bei der Entzifferung des deutschen Verschlüsselungssystems Enigma. Von hohem ideologischen Wert sollen auch Filme sein, die Polen als ehrbare und rechtschaffene Protagonisten zeigen wie z. B. Jan Karski, der als Erster die Nachricht vom Holocaust in die Welt trug,

die diese Wahrheit nicht hören wollte, Witold Pilecki, der als Offizier des polnischen Untergrunds sich ins KZ Auschwitz einsperren ließ, um dort Widerstand zu organisieren und nach seiner Flucht aus dem KZ einen Bericht über die Lagerzustände für die Alliierten verfasste, oder Szymon Żygielboim, der sich als Jude aus dem Warschauer Ghetto auf eine aberwitzige Reise durch das Dritte Reich nach England aufmachte.

Sollte »Hollywood« nicht zünden, so kann auch das staatliche *PISF* helfen. Die Aufgaben des neuen *PISF*-Direktors Radosław Śmigulski, der Ende 2017 eingesetzt wurde, sind demnach vielfältig. In Filmproduktionen soll angesichts des aktuellen Imageschadens wegen des sogenannten Holocaust-Gesetzes gezielt der Botschaft widersprochen werden, Polen hätten sich am Holocaust als Handlanger der deutschen Besatzer beteiligt. Hierzu solle die Geschichte der polnischen Hilfsorganisation »Żegota« gezeigt werden, die Juden aus dem Warschauer Ghetto herausholte und ihnen das Überleben ermöglichte. Eine herausragende Gestalt war Zofia Sandler, die hunderte jüdische Kinder gerettet hatte. Eine filmische Brücke stellt darüber hinaus das Schicksal der bereits erwähnten »verfeimten Soldaten« dar, die nach dem Durchmarsch der Front 1944/45 gegen die von der Sowjetunion eingesetzte »Lubliner-Regierung« kämpften. Sie wurden von Einheiten der Roten Armee und den polnischen kommunistischen Streitkräften gnadenlos bekämpft, eingesperrt und zum Tode verurteilt. Die *PiS* sieht in ihnen heute die wahren Helden, deren unbeugsamer Kampf gegen den sowjetischen Totalitarismus bisher von den Kommunisten und den Eliten der Dritten Republik verschwiegen und als »faschistisch«, da antikommunistisch, diffamiert worden sei. Moralisch zweifelhafte militärische Führer (Bury), kriminelle Verstrickungen, gewöhnliches Bandenwesen und wahllose Morde, die von Einheiten der »verfeimten Soldaten« begangen wurden, werden in diesem Narrativ unter den Tisch gekehrt. Bücher, Filme, Theaterstücke, aber auch staatliche Rehabilitierung und erneute Bestattungs- und Umbettungsrituale machen diese Gruppe zu den Schutzpatronen der *PiS*-gesteuerten Geschichtspolitik.

Minister Gliński und seine Umgebung lieben auch in besonderer Weise Museen, in denen polnische Geschichte »richtig« dargeboten wird. So sollen bestehende Ausstellungshäuser auf ihre »patriotische« Tauglichkeit geprüft und zusätzlich 20 neu konzipierte Museen an die neuen polnischen Helden erinnern. Polens Museumslandschaft erfuhr nach dem Jahr 2000 einen wahren Boom: Viele bestehende Museen wurden auf den neusten Stand der musealen Technik gebracht. Neue Einrichtungen entstanden und erlangten schnell nationales wie internationales Renommee. Das wichtigste polnische Geschichtsmuseum der Nach-

wendezeit stellt mit Sicherheit das Museum des Warschauer Aufstandes dar, dessen multimediales und multidisziplinäres Konzept richtungsweisend ist. Die Idee stammte vom damaligen Warschauer Stadtpräsidenten Lech Kaczyński; es wurde noch in seiner Amtszeit 2004 eröffnet. Das Museum zeigt nicht nur den Ausbruch und Verlauf des Aufstandes, sondern es macht Warschau zu einer Heldenstadt und die Aufständischen zu den Erben des polnischen Freiheits- und Unabhängigkeitskampfes. Dass die Kommunisten die Erinnerung an den (auch antisowjetisch inspirierten) Aufstand bekämpften und später limitierten, begründete seinen Mythos. Die Präsenz des Museums ist heute allumfassend: Den Ausstellungsmachern gelang es, den Aufstand, der lokal auf einige Warschauer Stadtteile beschränkt war, im gesamtpolnischen Bewusstsein nachhaltig zu verankern. Gerade diese Entwicklung wünschen *PiS*-Politiker auch anderen musealen Vorhaben, etwa dem Museum der Geschichte Polens in Warschau und den Stätten der Erinnerung an die »verfemten Soldaten« in Ostrołęka, an Marschall Józef Piłsudski in Sulejówek bei Warschau, an die polnischen »Kresy« (Ostgebiete) in Lublin, an den erwähnten Witold Pilecki in Ostrów Mazowiecka und an die Juden im Warschauer Ghetto.

Letzteres Museum soll einen Gegenpol der *PiS* zu dem erst 2013 eröffneten und bereits international anerkannten Museum der Geschichte der polnischen Juden POLIN bilden. In letzter Zeit häufen sich die Anzeichen, das Ministerium wolle den zuständigen Direktor Dariusz Stola absetzen und das bisherige Gleichgewicht bei den Trägern (dem Kulturministerium, der Stadt Warschau und dem Jüdischen Historischen Institut in Warschau) verändern. Den Stein des Anstoßes bildete eine kleine Ausstellung aus Anlass des 50. Jahrestages der antisemitischen Hetze unter der Ägide der herrschenden Kommunisten im Jahr 1968, in deren Folge etwa 13.000 Polen jüdischer Herkunft (sie empfanden sich allerdings weder als religiöse Juden noch als Zionisten) Polen verlassen hatten. In der Ausstellung wurden antisemitische Parolen von 1968 den Aussagen von *PiS*-nahen Journalisten und Politikern im Kontext des aktuell beschlossenen »Holocaust-Gesetzes« gegenübergestellt. Die Reaktionen von *PiS*-Politikern, die auffallend scharf den Museumsleiter angriffen, erinnern an die heutzutage immer wieder angewandte Praxis, dass missliebige Direktoren oder Kuratoren und ihre Teams abgesetzt bzw. von ihnen verantwortete Erzählstränge im Sinne des neuen »Patriotismus« geändert werden – so geschehen im Falle des hoch gelobten Museums des Zweiten Weltkrieges in Danzig, dessen Direktor Paweł Machcewicz 2017 gehen musste, weil sein Konzept einer umfassenden Erzählung über universelle Ausprägungen und Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges auf wenig

Gegenliebe bei den Machthabern gestoßen ist. Landesweite Proteste, auch Solidaritätsbekundungen bekannter, auch von der *PiS* geschätzter Polen-Experten aus dem Ausland blieben erfolglos. Zur »Übernahme« des Museums eignete sich in diesem Fall ein gewieftes Rechtskonstrukt: Das große Weltkriegsmuseum wurde zum Anhängsel des neuen Westerplatte-Museums (ein symbolischer Ort bei Danzig, wo an den Beginn des Zweiten Weltkrieges erinnert wird), der Direktor und sein Team wurden ausgewechselt und die Konzeption Stück für Stück verändert. Experten vermuten, das POLIN-Museum könnte das gleiche Schicksal mithilfe eines noch nicht eingerichteten Museums des Warschauer Ghettos erwarten.

Ein Vorzeigeobjekt der *PiS*-Geschichtspolitik ist dagegen das Museum der Familie Ulma im Vorkarpatendorf Markowa. Es erinnert an die polnische Bauernfamilie Ulma, die in der Besatzungszeit Juden versteckt hielt, aus diesem Grunde verraten und mitsamt den Juden von den Deutschen ermordet wurde. Das Museum soll die Gräueltaten der Deutschen in der Besatzungszeit in Erinnerung rufen, die Welt daran erinnern, dass für das Verstecken von Juden in Polen die Todesstrafe drohte und dass es viele Polen gab, die dies trotzdem taten. Deswegen soll es eine Filiale des Museums in New York geben. Ob das Konzept aber die wegen des »Holocaust-Gesetzes« misstrauische und kritische Öffentlichkeit in den USA und in Israel beruhigen wird, bleibt fraglich, zumal auch im Falle der betroffenen Familie Ulma das Bild der Polen durch den polnischen Polizisten getrübt wird, der die Familie und die versteckten Juden an die Deutschen verraten hat.

Eine weitere Einrichtung, die »zurückerobert« wurde, ist das in Krakau beheimatete ebenfalls international anerkannte Buchinstitut (*Instytut Książki*), das u. a. für die Übersetzungsprogramme und die Förderung des polnischen Buches im Ausland zuständig ist. Auch hier hatte die *PiS*-Führung in der Vergangenheit kritisiert, das Institut würde bestimmte, links orientierte Autoren bevorzugen, z. B. bei Auslandslesereisen oder Buchmessen, während die konservativ orientierten vernachlässigt wurden. Dass sich diese Förderpolitik ändert, dafür sorgen ebenfalls ein neuer Direktor, Dariusz Jaworski, und sein Stellvertreter Krzysztof Koehler, ein bekannter Dichter und Essayist. Das Geschäft sei mühsam, so Minister Gliński, als er auf die Misserfolge des Buchinstituts gerade bei der Herausgabe und beim Vertrieb von für das neue Image des Landes so dringend benötigten Büchern auf dem US-Markt angesprochen wurde. Der ihn interviewende TV-Moderator staunte danach über das »Ausmaß der Selbstbelugung westlicher Gesellschaften, die nicht daran interessiert sind, ein einmal verfälschtes Bild Polens zu korrigieren«. So oder so –

das Buchinstitut soll nun – auch über die Polnischen Institute im Ausland – neue Autorinnen und Autoren fördern, an deren ideologischer Haltung keine Zweifel bestehen (Bronisław Wildstein, Grzegorz Górny, Joanna Siedlecka).

Neue Instrumente

Es ist beeindruckend, woher Gliński das Geld nimmt, bestehende Einrichtungen zu verändern und neue zu schaffen. Dem Minister ist es gelungen, den Kultur-etat auf 4,6 Mrd. Złoty zu erhöhen, was ca. 1 Prozent des Staatshaushalts ausmacht, gegenüber viel bescheideneren Mitteln der Vorgängerregierung (etwa 2,9 Mrd. Złoty). Reichlich ausgestattet bleiben die Zentrale des Instituts des Nationalen Gedenkens (*Instytut Pamięci Narodowej – IPN*) und seine regionalen Niederlassungen. Das Institut, das als eine Art »Gauck-Behörde« mit der Verwaltung der Akten des kommunistischen Geheimdienstes betraut ist, wurde mit eigenen Ermittlungsorganen bezüglich der Vergehen am polnischen Volk von 1939 bis 1989 ausgestattet. In den letzten Jahren hat das Institut aber auch seine Aufgaben im Bereich der politischen und historischen Forschung und Bildung stark ausgeweitet. War seine Arbeit anfangs ideologisch wertfrei auf diesem Gebiet, so wurde es nach 2010 als eine Einrichtung zur Propagierung eines heroischen Selbstbildes der Polen und der Diskreditierung politischer Gegner instrumentalisiert (etwa mit Publikationen über den ehemaligen Staatspräsidenten und *Solidarność*-Vorsitzenden Wałęsa). Derzeit arbeiten Gliński und sein Ministerium aber an einer beispiellosen Etablierung neuer staatlicher Einrichtungen, die weitere Kulturaufgaben übernehmen sollen, etwa das Institut der Solidarität und Tapferkeit (*Instytut Solidarności i Odwagi*; es soll zahlreiche Verdienstorden vergeben), das Nationale Institut für das Erbe (*Narodowy Instytut Dziedzictwa*) und ein Totalitarismus-Forschungszentrum, das Zeugnisse polnischer Opfer des Zweiten Weltkrieges der Forschung in englischer Sprache zur Verfügung stellt. Darüber hinaus wird ein Institut für das Polnische Kulturerbe im Ausland (*Narodowy Instytut Polskiego Dziedzictwa Kulturowego Za Granicą*) entstehen, um polnische Bildungs- und Kultureinrichtungen in Ost und West finanziell und rechtlich zu unterstützen. Das Bild Polens im Ausland unterstützt seit einem Jahr bereits die Polnische Nationalstiftung (*Polska Fundacja Narodowa*), die aus Mitteln der 17 größten polnischen Unternehmen mit staatlicher Beteiligung gespeist wird und über einen Etat von mehr als 100 Mio. Złoty verfügt. Ihre bisherigen Kampagnen empörten die Opposition, da sie sensible innenpolitische Themen aufgriff und eindeutig *PiS*-nahe Positionen etwa im »Kampf um das Gerichtswesen« einnahm.

Unsichere Wirkung

Es fällt schwer, die Kulturpolitik Polens als die eines freiheitlichen europäischen Staates zu bezeichnen. Die bisher erfolgten Einflussnahmen, die sich auf die Absetzung missliebiger Künstler oder Kulturmanager konzentrierten, dienten in der Regel der Durchsetzung *PiS*-naher Konzepte der Erinnerungspolitik. Diese ist eng mit der Kulturpolitik verbunden, da die Kultur von der *PiS* als ein Transmissionsriemen nationaler, traditioneller und kirchenkonformer Inhalte angesehen wird. Mit Hilfe der Kulturpolitik, die mit einer Steuerung der Programme der Kultureinrichtungen im Land einhergeht, versucht die Regierung, Einfluss auf die polnische Gesellschaft zu nehmen und die Deutungshoheit über die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Diskurse zu erlangen. Die Instrumente, die die *PiS* einsetzt, erinnern sehr an solche, die autoritäre Bewegungen immer wieder nutzen, um eine Mehrheit der Bevölkerung mittels einfacher Schwarz-Weiß-Erklärungen hinter sich zu bringen. Ob die Strategie, klassische Theaterstücke aufzuführen, Filme über Helden des Zweiten Weltkrieges zu drehen oder einige neue Museen, Orden und Ehrenzeichen zu schaffen, aufgeht, bleibt angesichts der fortschreitenden sozialen, politischen und ideologischen Fragmentierung der polnischen Gesellschaft und einer zunehmenden Kommunikation über soziale Netzwerke abzuwarten.

Mit ihrer Behauptung, erst mit der Machtübernahme der *PiS* sei der Kommunismus in Polen zu Ende gegangen, pocht die Regierungspartei auf einen Neuanfang auch in der Kulturpolitik. Allerdings findet die These, dass es bisher nicht möglich war, in Polen über konservative und patriotische Themen zu schreiben, sie zu filmen oder aufzuführen, keine Entsprechung in der Wirklichkeit. Gerade die Dritte Republik hatte von ihrem Anfang an dazu beigetragen, dass über alle »weiße Flecken« in der polnischen Geschichte, darunter auch diejenigen, die viele Polen lieber unter den Teppich kehren würden, geschrieben, geforscht, diskutiert und gestritten wurde. Die polnische Kultur schöpft seit der Überwindung des Stalinismus im Jahr 1956 permanent aus »patriotischen Stoffen«, es reicht, sich die ersten Filme der »polnischen Filmschule« anzuschauen, z. B. »Asche und Diamant« (1958), in dem Andrzej Wajda voller Zweifel einen »verfemten Soldaten« porträtierte und dem tragischen Schicksal seiner Generation ein Denkmal setzte.

Lektionen im Fach »Patriotismus« wirken im heutigen Polen anachronistisch. Ob alt oder jung, liberal oder konservativ orientiert: Jede Generation polnischer Künstler – Schriftsteller, Maler, Theaterregisseure oder Filmemacher – setzt sich bis heute mit der polnischen Geschichte auseinander, insbesondere gilt ihr Interesse den großen und kleinen Entscheidungen der Polen im

Zweiten Weltkrieg. Allein in den letzten Jahren entstanden mehrere Produktionen, die inhaltlich wie künstlerisch mit einem differenzierten Bild überzeugten: »W ciemności« (In Darkness) von Agnieszka Holland (2011), »Obława« (Treibjagd) von Marcin Krzyształowicz (2011), »Joanna« von Feliks Falk (2010) oder »Miasto 44« (Warschau 1944) von Jan Komasa (2014). *PiS*-Politiker

sind gut beraten, genauer zu schauen, um das Vorhandene nicht zu zerstören und durch eigene an Propaganda erinnernde Produktionen zu ersetzen. Denn über kurz oder lang wird die polnische Gesellschaft jede Art von Propaganda ablehnen. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob diese Art von Kulturpolitik und Narrativwechsel in Polen von Dauer sein wird.

Über den Autor

Dr. Andrzej Kaluza ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt. Er verantwortet dort den Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, das Jahrbuch Polen und ist Mitherausgeber des Leselexikons »Polnische Spuren in Deutschland«.

CHRONIK

15. Mai 2018 – 4. Juni 2018

15.05.2018	Im Konflikt um die Holzfällarbeiten im Naturschutzgebiet des Białowieża-Urwalds (Nordostpolen) gibt das Umweltministerium eine Empfehlung von Umweltminister Henryk Kowalczyk bekannt. Demnach soll die Entscheidung des ehemaligen Generaldirektors der Staatsforsten, Konrad Tomaszewski, aufgehoben werden, die Holzeinschlag in dem europäischen Schutzgebiet erlaubte. Umweltschützer begrüßen die Empfehlung als konkreten Schritt, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs in dieser Angelegenheit umzusetzen.
16.05.2018	Am Rande des Europäischen Ökonomischen Kongresses in Kattowitz (Katowice) sagt Józef Sobolewski, Direktor der Abteilung für Atomenergie im Energieministerium, dass die Kosten für den ersten Block des geplanten Atomkraftwerks auf 40 bis 70 Mrd. Złoty (9,3 bis 16,2 Mrd. Euro) geschätzt werden, abhängig davon, ob der Block eine Leistung von 3.000 oder 4.500 MW erbringen soll. Der erste Block soll aus inländischen Mitteln finanziert werden, für die weiteren erwarte man ausländische Investoren. Der Ort für den Bau des ersten Atomkraftwerks in Polen soll 2019/20 feststehen.
17.05.2018	Am Rande des EU-Gipfels in Sofia (Bulgarien) sprechen Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, über den Konflikt zwischen der EU und Polen infolge der Justizreform in Polen. Morawiecki unterstreicht anschließend vor der Presse, dass Polen der EU-Kommission Vorschläge gemacht habe, die die Unabhängigkeit der Gerichte deutlich erhöhen und den Erwartungen der EU deutlich entgegenkommen. Dazu gehören die Verteilung von Fällen auf die Richter per Losverfahren und das Verbot, Richter innerhalb der Abteilungen auszuwechseln.
17.05.2018	Präsident Andrzej Duda ruft in seiner Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) dazu auf, Sachverhalte sprachlich nicht zu verharmlosen. Ein aggressiver Akt sollte nicht »Konflikt« und eine Bedrohung nicht »Herausforderung« genannt werden und der Aufbau aggressiver militärischer Fähigkeiten nicht als »Störung des Gleichgewichts« bezeichnet werden; auch sollten die Aggressoren und die Opfer klar benannt werden. Andernfalls komme es zur Desorientierung bei der Wahl der rechtlichen Schritte als Reaktion auf die Sachverhalte. Polen hat zurzeit den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat inne.
18.05.2018	Der Sprecher der Staatsanwaltschaft in Krakau (Kraków), Janusz Hnatko, teilt mit, dass gegen die rechtsradikale Organisation Nationalradikales Lager (Obóz Narodowo-Radikalny – ONR) mit Sitz in Krakau ein Verfahren zum Entzug ihrer Legalität eingeleitet wurde. Dies werde zurzeit auf der Grundlage des Vereinsrechts überprüft.
19.05.2018	Die Parteivorsitzenden der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Grzegorz Schetyna, und von Die Moderne (Nowoczesna), Katarzyna Lubnauer, stellen in Bromberg (Bydgoszcz) und Thorn (Toruń) ihre gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Stadtpräsidenten vor. Rafał Bruski bzw. Tomasz Lenz stellen sich bei den Selbstverwaltungswahlen im Herbst zur Wahl. Vorangegangen war der Zusammenschluss der beiden Parteien in einem Wahlbündnis unter dem Namen »Bürgerkoalition« (Koalicja Obywatelska).
21.05.2018	Der Stadtpräsident von Posen (Poznań), Jacek Jaśkowiak, gibt der Regierung eine Mitverantwortung für die Ausschreitungen von Hooligans beim Fußballspiel zwischen Lech Poznań und Legia Warszawa am Vortag, die zu einer vorzeitigen Beendigung des Spiels geführt haben. Die Regierung flirte mit den Hooligans und die Polizei habe sich in den letzten Jahren nicht getraut zu intervenieren. Er fordert die Regierung auf, das Problem der gewaltbereiten Pseudofußballfans zu lösen.
22.05.2018	Nach einem Treffen mit dem US-amerikanischen Außenminister Mike Pompeo in Washington unterstreicht Außenminister Jacek Czaputowicz, dass sich beide Länder gegen den Bau der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream II aussprechen, da diese eine Gefahr für die Energiesicherheit Europas darstelle.
23.05.2018	Bei seinem zweitägigen Besuch in Prag trifft sich Sejmmarschall Marek Kuchciński mit dem Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik, Andrej Babiš. Beide sprechen sich für die Öffnung der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) gegenüber den baltischen Staaten aus, um mehr Gewicht in der EU zu bekommen. Thematisiert werden des Weiteren die Beschäftigungsbedingungen von ukrainischen Migranten in Polen.
24.05.2018	Der Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), Paweł Soloch, beendet in Dänemark die zweitägigen Gespräche mit dem Sicherheitsberater des Ministerpräsidenten, Michael Lund Jeppesen, dem Befehlshaber der dänischen Streitkräfte, Bjørn I. Bisserup, und Vertretern des Verteidigungs- und des Außenministeriums. Thematisiert wurden die militärische Zusammenarbeit im Multinationalen Korps Nord-Ost in Stettin (Szczecin), die Präsenz polnischer und dänischer Streitkräfte in den baltischen Ländern im Rahmen der »Enhanced Forward Presence« der NATO sowie Fragen der Sicherheit im Ostseeraum im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten Russlands. Im April war Soloch bereits zu ähnlichen Konsultationen nach Madrid, Berlin und Oslo gereist; sie dienen der Abstimmung im Vorfeld des NATO-Gipfels im Juli in Brüssel.

25.05.2018	Politiker aller Oppositionsparteien bringen ihre Unterstützung für den Protest im Gebäude des Sejm zum Ausdruck, indem sie einen »Solidaritätspakt« unterzeichnen und diesen den Protestierenden übergeben. Seit Mitte April halten sich Eltern und Betreuer volljähriger schwerbehinderter Kinder und diese selbst im Gebäude des Sejm auf, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Oppositionspolitiker kritisieren, dass die Protestierenden von den Teilnehmern der Parlamentarischen Versammlung der NATO, die im Gebäude des Sejm begann, durch einen Sichtschutz abgeschirmt wurden.
25.05.2018	Auf der gemeinsamen Pressekonferenz nach den polnisch-rumänischen Regierungskonsultationen in Warschau sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki Rumänien Unterstützung für den Beitritt zum Schengenraum zu. Mit Blick auf die Verhandlungen des EU-Haushalts für die Jahre 2021–2027 betont Morawiecki die Rolle Polens als Repräsentant der Länder Ostmitteleuropas im Forum der EU. Schlüsselbereiche seien für diese Länder die Kohäsionspolitik, die Europäischen Fonds und die Gemeinsame Agrarpolitik.
27.05.2018	Im Gebäude des Sejm endet der seit Mitte April dauernde Protest der Eltern und Betreuer volljähriger schwerbehinderter Kinder und dieser selbst. Iwona Hartwich, Sprecherin des Protestkomitees, sagt, die Entscheidung sei aus Sorge um die Gesundheit und das Leben ihrer Kinder gefallen, da Sejmmarschall Marek Kuchciński ihnen den Zugang zu den Toiletten und Duschen verwehrt habe. Außerdem soll es zu Handgreiflichkeiten zwischen Protestierenden und dem Wachdienst des Sejm gekommen sein, als die Protestierenden ein Transparent am Gebäude aufhängen wollten. Die Protestierenden unterstreichen, dass ihre zweite Forderung von der Regierung nicht erfüllt wurde. Sie fordern weiterhin eine einkommensunabhängige monatliche Zuwendung von 500 Zloty zur individuellen Verwendung; die Regierung hat dagegen ein Gesetz für den erleichterten Zugang zu medizinischen Dienst- und Sachleistungen verabschiedet.
28.05.2018	In Warschau endet die viertägige Parlamentarische Versammlung der NATO. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki betonte auf der Tagung, dass Polen nach Großbritannien unter den EU-Ländern die höchsten Zahlungen an die NATO tätige und die vereinbarte Höhe der Zahlungen erfülle. Das deutsch-russische Energieprojekt Nord-Stream II verurteilte Morawiecki als hybride Waffe gegen die EU-Staaten und die NATO. Er erinnerte daran, dass Russland Einnahmen aus der Gaspipeline Nord Stream I zur Modernisierung seiner Armee genutzt habe und später militärisch gegen Georgien vorgegangen sei. Im Rahmen der Veranstaltung traf sich NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit Morawiecki und mit Präsident Andrzej Duda.
29.05.2018	Nach den Ausschreitungen von Fußballhooligans während eines Fußballspiels in Posen in der vergangenen Woche findet in Warschau ein Treffen zu Fragen der Sicherheit in den Stadien statt. Teilnehmer sind Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Innenminister Joachim Brudziński, Sportminister Witold Bańka und der Präsident des Polnischen Fußballbundes (Polski Związek Piłki Nożnej – PZPN), Zbigniew Boniek.
30.05.2018	Piotr Gliński, Minister für Kultur und Nationales Erbe, unterzeichnet den Vertrag über den Bau des Museums der Geschichte Polens in Warschau. Die Eröffnung der ständigen Ausstellung ist für Februar 2021 geplant.
02.06.2018	In Pole Lednickie (Woiw. Großpolen) findet das jährliche katholische Jugendtreffen »Spotkanie Młodych Lednica 2000« statt, an dem ca. 85.000 Personen aus Polen und anderen Ländern teilnehmen. Unter den Gästen ist auch Präsident Andrzej Duda. Aus Anlass des 100. Jubiläums der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens verteilt er polnische Fahnen und fordert die Teilnehmer dazu auf, sie in wichtigen Momenten des persönlichen Lebens, des Vaterlands, der polnischen Geschichte und Identität einzusetzen.
03.06.2018	Die NATO beginnt unter dem Kommando der USA das jährlich stattfindende Manöver »Saber Strike« in Polen und im Baltikum, das bis Mitte Juni dauern soll. An der Militärübung nehmen ca. 18.000 Soldaten aus 19 NATO- und Nicht-NATO-Staaten teil.
04.06.2018	Papst Franziskus empfängt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mit seiner Familie zu einer Audienz. Neben sozialpolitischen Aufgaben der polnischen Regierung hätten sie europapolitische Fragen wie die Situation in Russland und der Ukraine und die Rolle Polens für der Entspannung der Lage thematisiert. Papst Franziskus habe seine Anerkennung gegenüber der solidarischen und familienfördernden Politik der polnischen Regierung ausgedrückt. Er betrachte Polen als eine Säule für die europäischen Werte, so Morawiecki im Anschluss an das Gespräch.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

LESETIPP

Vor Kurzem in der Reihe ZEITBILDER der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen:

Polnische Spuren in Deutschland Ein Lesebuchlexikon

Dieter Bingen, Andrzej Kaluza, Basil Kerski, Peter Oliver Loew (Hrsg.)

Polen in Deutschland – das ist eine Geschichte mit unendlich vielen Facetten. Ein umfangreiches »Lesebuchlexikon« zeigt nun an ausgewählten Beispielen auf unterhaltende und lehrreiche Weise, wie Polinnen und Polen, »polnische« Orte oder Erinnerungen Geschichte und Gegenwart Deutschlands prägen. Dabei geht es nicht nur um Bekannte(s) – Berlin, Ruhrpolen, Pflegekräfte oder Lukas Podolski –, sondern auch und vor allem um das Unbekannte oder um Dinge, die nicht in erster Linie mit Polen in Verbindung gebracht werden. Der Bogen spannt sich von A bis Z: Von der kaschubischen Bauernstochter Paula Anderson, die vorgab, die Zarentochter Anastasia zu sein, bis zur Stadt Zweibrücken, in der für einige Jahre der vertriebene polnische König Stanisław Leszczyński sein Quartier genommen hatte.

Das Buch präsentiert einerseits »ernste Themen«, etwa die Geschichte der polnischen Arbeitsmigration nach Deutschland, das Schicksal der polnischen Zwangsarbeiter und der sog. *Displaced Persons* nach 1945 oder die Integration der 1,5 Millionen Aussiedler aus Polen. Gleichzeitig spricht es »Jung und Alt« an: Polnische Spuren im deutschen Hiphop, in Rap und Schlager kommen ebenso zur Sprache wie polnische Tänze bei Bach und Telemann; die Vorzeige-Polin in der Vorabendserie »Lindenstraße« steht neben Rosa Luxemburg und ihrer filmischen Umsetzung in Margarethe von Trottas gleichnamigen Spielfilm.

Das reich bebilderte und aufwändig gestaltete Buch wird vom Deutschen Polen-Institut in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben und ist ein Gemeinschaftswerk von 17 deutschen und polnischen Verfasserinnen und Verfassern: Matthias Barelkowski, Dieter Bingen, Nawojka Cieślińska-Lobkowicz, Dorota Danielewicz, Andrzej Kaluza, Basil Kerski, Matthias Kneip, Agnieszka Kowaluk, Markus Krzoska, Thomas Kycia, Peter Oliver Loew, Manfred Mack, Dietmar Osses, Rüdiger Ritter, Andrzej Stach, Hans Christian Trepte und Erika Worbs.



Dieter Bingen, Andrzej Kaluza, Basil Kerski,
Peter Oliver Loew (Hrsg.)
**Polnische Spuren in Deutschland.
Ein Lesebuchlexikon**
Bundeszentrale für politische Bildung Bonn 2018,
450 S., zahlreiche Abb.,
Bestellungen: www.bpb.de/shop > Zeitbilder /
Bestellnummer: 3988
ISBN 978-3-8389-7171-1
Weitere Informationen: kaluza@dpi-da.de
www.deutsches-polen-institut.de

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2018 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

[@laenderanalysen](https://twitter.com/laenderanalysen)

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

